
FORUM: 5 Jahre nach der Wende

Martin und Sylvia Greiffenhagen: Konservative Revolution - wieder aktuell?*

Prof. Dr. Martin Greiffenhagen, geb. 1928 in Bremervörde, Studium der Philosophie und Sozialwissenschaften in Heidelberg, Göttingen, Birmingham und Oxford, lehrte Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart; Dr. Sylvia Greiffenhagen, geb. 1949 in Stuttgart, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie und Psychologie in Stuttgart, Heidelberg und Tübingen, arbeitet als Sozialforscherin und Wissenschaftspublizistin.

I.

Konservative Revolution ist ein aus Verzweiflung geborenes Politikmodell. Es bezeichnet einen politologischen Widerspruch: Von Hause aus neigen Konservative nicht zu radikalen Lösungen, im Gegenteil: Die Revolution gilt als Erzfeind konservativer Politik. Der Konservative begegnet drohenden Krisen eher mit Rückgriff auf staatliche Repression. Dabei orientiert er sich an traditionellen Ordnungsvorstellungen, von denen er sich für die Bewältigung der Zukunft haltende Kräfte verspricht. Sein politisches Weltbild gehört somit in das politisch etablierte Spektrum: Man will nicht den Umsturz, sondern einen starken Staat und eiserne Zucht. Anhänger und Sympathisanten dieser Position sind ältere Menschen und Angehörige staatsnaher Berufe, Mitglieder bedrohter Stände und Schichten, die der politische Konservatismus zu erhalten verspricht.

Wenn wirtschaftliche Unsicherheit und politische Unruhe zunehmen und die Bedrohung gefährdeter Schichten wächst, verzweifeln Konservative an

* Vorstehender Text ist verschiedenen Teilen unseres 1993 im List-Verlag, München, erschienenen Buches „Ein Schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland“ verpflichtet. Dort finden sich auch Nachweise, Literatur, Tabellen und Grafiken.

der Möglichkeit traditioneller Sicherung. Wenn darüber hinaus Tradition weder ideologisch noch institutionell Anschlüsse an eine in die Gegenwart hineinreichende geschichtliche Vergangenheit liefert, kann es innerhalb des Konservatismus zu einer revolutionären Wende kommen. Die klassische Figuration dafür lieferte „Weimar“, und der Name „Konservative Revolution“, ob er nun von Hofmannsthal oder Thomas Mann stammt, wurde in dieser politikgeschichtlich prekären Lage großer Ratlosigkeit und schließlich äußerster Verzweiflung erfunden. Es schien nichts mehr zu geben, dessen historisches Wachstum man hätte pflegen können. Die geistige Welt hatte sich in einen Pluralismus gleichzeitig bestehender Kulturen, Religionen und Philosophien verwandelt. Die Künste nahmen in wachsendem Maße Motive aus anderen Erdteilen auf, in der Literatur wuchsen Skepsis und Zynismus. Und was die politische Kultur betraf, so dienten die führenden Schichten dem neuen System widerwillig und sannen erst heimlich, dann offen auf eine Revision.

Diese Revision nahm in dem Maße utopisch-revolutionäre Züge an, in dem ein „organischer“ Anschluß an wirksame politische Tradition nicht mehr möglich schien. Statt auf Kontinuität zu setzen, entwickelte man die Vision einer längst entschwundenen, sehnsuchtsvoll beschworenen heilen Welt. Diese Entwicklung war im deutschen Konservatismus des 19. Jahrhunderts vorgebildet. Im Unterschied zum britischen, welcher der voranschreitenden Entwicklung gemäßigte und zuweilen bremsende Schritte folgte und auf diese Weise die vergehende oder gerade vergangene Epoche als Verpflichtung für die Gegenwart empfahl, entwickelte der deutsche Konservatismus, je weiter er in der Geschichte voranschritt, desto ferner gelegene Maßstäbe und Idole für sein Goldenes Zeitalter: vom Mittelalter zu Karl dem Großen und weiter zurück zur Völkerwanderungszeit, bis die Nationalsozialisten in Verfolgung dieser Linie schließlich in der germanischen Frühzeit angelangt waren und zu guter Letzt niemand mehr wußte, ob er von Geschichte oder von Mythos sprach. Dieser paradoxe Rückgriff auf immer entfernter liegende Zeiten findet sich bei keinem anderen europäischen Konservatismus in dieser Ausprägung. Es gibt ihn aber als Impuls in jeder konservativen Philosophie, und rechtsextreme Bewegungen weisen stets Spuren von ihm auf. Im Unterschied zum alten Konservatismus sind es hier die jüngeren Jahrgänge, die sich von dieser revolutionären Rückwärtsbewegung neue Kraft und Gesundheit versprechen.

II.

In Deutschland mehren sich die Zeichen dafür, daß Konservative Revolution als ein Politikmodell, das Orientierung und Rettung verspricht, wieder an Bedeutung gewinnt. An rechtsextremen Rändern unserer politischen Kultur gibt es Sehnsüchte nach einem politischen Klima, das hoch integrativ und von schwarz-weiß-konturierter Klarheit ist. In dem Maße, in dem der rechte Extremismus im Unterschied zum linken sich als Avantgarde herrschender Auffassungen verstehen kann, haben wir allen Grund, solche politischen Nostalgien nicht nur in ihrer äußersten Zuspitzung, sondern auch im Blick auf mögliche

Verwurzelungen in einem sich ändernden politischen Meinungsklima sorgfältig zu beobachten.

Dabei ergibt sich für Deutschland eine besondere Doppelgleisigkeit solcher Ursachenforschung. Während die politische Kultur in Westdeutschland sich inzwischen den Kulturen anderer, teilweise alter demokratischer Kulturen Europas angeschlossen hat und deshalb auch Gründe für wachsende konservativ-revolutionäre Tendenzen mit ihnen teilt, gibt es in Ostdeutschland Ursachen, die noch enge Verbindungen zur deutschen Politikgeschichte aufweisen. Im Blick auf eine gesamtdeutsche Ätiologie konservativ-revolutionärer Strömungen gibt es somit trotz gleicher sozialer Ursachen (Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, Disintegrationsformen vieler Art), auch gleicher ideologischer Bestände (Führung, Kampf, Mythos, Volksgemeinschaft, Pflicht und Opfer) bedeutsame Unterschiede. Wir geben im folgenden einige Hinweise für dies im Vergleich zu anderen Ländern ungleich kompliziertere Szenarium und beginnen mit einem Blick auf die ostdeutsche Situation.

III.

Die ostdeutsche Bevölkerung befindet sich fünf Jahre nach der Vereinigung in einem Zustand hoher Unsicherheit. Das gilt für fast alle Lebensbereiche, für objektive Lagen und subjektive Einschätzungen. Die Ursachen dafür werden von der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung inzwischen nicht mehr dem östlichen Staatssozialismus, sondern dem westlichen Kapitalismus zugeschrieben. Die Ostdeutschen fühlen sich als Bürger zweiter Klasse und sind dabei, daraus eine neue Identität zu entwickeln. Dabei verbinden sich objektive Lagen und Erfahrungen mit subjektiven Einschätzungen und Nostalgien. Diese Entwicklung ist verständlich, wenn man sich die Unterschiede der Vermögens- und Einkommenssituation vor Augen hält, vor allem aber den unterschiedlichen Gesellschaftsaufbau: Der Anteil an der Arbeiterschicht in der ostdeutschen Bevölkerung ist doppelt so hoch wie im Westen Deutschlands. Die ostdeutsche Gesellschaft war bisher dichter beisammen als die westdeutsche: Zur oberen gesellschaftlichen Gruppe der Macht- und Funktionseleiten gehörte fast ein Drittel der Bevölkerung. Dieser Kreis war somit weit größer als die Elite im Westen. Außerdem war die soziale Entfernung der sozialistischen Elite zu den mittleren und unteren Schichten geringer als in Westdeutschland. Die Ostdeutschen geraten nun in eine Gesellschaft extremer Schichtdifferenzen, und viele von ihnen dabei an ihren unteren Rand.

Ein weiterer Grund für die Ausbildung einer nachgeholten DDR-Identität ist der Modernisierungsschock. Er betrifft nicht nur technische Aspekte und ein damit gegebenes ungeheures Maß an raschen Umstellungsnotwendigkeiten, sondern sämtliche mentale Prozesse, die jeden Modernisierungsprozeß begleiten. (Weshalb man sich Polaritätsprofile über „Faulheit“ oder „Fleiß“, „Flexibilität“ oder „Starrheit“, „Entschlußkraft“ oder „Entscheidungsschwäche“ in der Verteilung zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen so lange sparen sollte, bis der Modernisierungsrückstand Ostdeutschlands aufgehoben

ist. Solche Zuschreibungen sind tautologisch, schaden aber dem Vereinigungsprozeß enorm.)

Das neue ostdeutsche Wir-Gefühl befestigt sich nicht nur durch solidarische Erfahrungen drohenden sozialen Abstiegs, sondern ebenso durch gemeinsame nostalgische Erinnerungen nicht an das staatliche System, sondern an soziale Verbundenheit unter ihm. Die politische Situation der Ostdeutschen liefert damit ein Szenario, das manche Bedingungen für konservativ-revolutionäre Impulse enthält. Wir nennen im folgenden die wichtigsten:

Ostdeutsche zeigen eine Gemeinschaftsorientierung, deren Nachhaltigkeit aus deutscher Politikgeschichte in einer Allensbacher Untersuchung (1993) evident wurde: In den fünfziger Jahren erinnerten rückblickend 40 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, daß sie sich in der Zeit des Nationalsozialismus oft als Mitglieder einer großen Gemeinschaft fühlten. Ebenso viele (42 Prozent) erinnern sich heute in Ostdeutschland desselben Gefühles im Blick auf die DDR-Zeit. Dieses Gemeinschaftsgefühl beruht auf gegnerischer Spannung (eine „Welt von Feinden“) oder auf der Unterscheidung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“. Diese Unterscheidung hat die deutsche Politikgeschichte lange bestimmt. Der Gegensatz war das Ergebnis der politischen Schwäche des deutschen Bürgertums, für das es statt eines demokratischen Parteienstaates zwei „Reiche“ gab: das feudal-militaristisch-imperialistische Kaiserreich und das Reich der Innerlichkeit von Kunst und Literatur, Vereinsleben und Familiensinn, Naturgenuß und Wanderseligkeit. In der DDR hat sich dieser Dualismus fortgesetzt. Am Staat schätzt man Schutz- und Ordnungsfunktionen, an den Gemeinschaftsaktivitäten Wärme und Gemütlichkeit. Auch in der Arbeitsgesellschaft der DDR wurde Gemeinschaft erfahren, zusammen mit Sicherheit und Geborgenheit. Das „Kollektiv“ war durch hohe Homogenität, durch gemeinsame Willfähigkeit und Angst gekennzeichnet. Im Unterschied zum westeuropäischen „Team“ entbehrte es des individuellen Freiraums und einer auf Konkurrenz basierenden Spannung. Den Ostdeutschen erscheint heute ihr damaliger Arbeitsplatz als ein Dorado von Gemeinschaft und Geborgenheit, während nur jeder fünfte heute noch Spaß an seiner Arbeit hat.

Aus deutscher Politikgeschichte stammt ferner ein Schwarz-Weiß-Denken, welches konservativ-revolutionäres Bewußtsein stets kennzeichnete. Die westdeutsche Bevölkerung hat lange gebraucht, um sich von diesem Dezinismus zu trennen, zugunsten sogenannter „Ambiguitätstoleranz“. Mit ihr ist eine Haltung gemeint, die Gegensätze, Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten nicht um der eigenen Entlastung willen vorzeitig zum Verschwinden bringt, sondern diese aushält.

Nicht ohne Zusammenhang mit dem hohen Sinn für „Gemeinschaft“ und „Entscheidung“ steht die Kritik am westeuropäischen Pluralismus und Parteienstaat. Laufende Untersuchungen während der DDR-Zeit (z. B. mit Kirchentagsbesuchern) zeigten immer wieder, daß die DDR-Bevölkerung die Debat-

ten im Deutschen Bundestag nicht schätzte. Diese Antipathie gegenüber generischer Spannung ist eine alte deutsche Erblast: Politik ist dazu da, Streit zu vermeiden, nicht ihn im Wege des Kompromisses zu schlichten. Deutsche Parteienfeindlichkeit wurde durch die Erfahrung mit dem SED-Regime nebst seinen Blockparteien noch verstärkt. Der nostalgische Rückblick auf die Übergangszeit der „Runden Tische“ zeigt somit alt-deutsche Züge.

Ein Kennzeichen des altdeutschen Politikmodells ist die Verbindung von Schutz und Gehorsam. Befragungsergebnisse zeigen seine Nachhaltigkeit in Ostdeutschland. Die Sicherheitsansprüche der Ostdeutschen korrelieren mit einer gewissen Bereitschaft, autoritäre Führung zu akzeptieren oder zumindest lethargisch auf sie zu reagieren. Diese Tendenz wurde verstärkt durch den kleinbürgerlichen Charakter der DDR-Gesellschaft. Im Unterschied zu allen anderen sozialistischen Gesellschaften des Ostblocks, denen das Bürgertum erhalten blieb, verließen die bürgerlichen Eliten der DDR das Land oder sie wurden ausgewiesen. Das Stichwort der politischen Kultur des Kleinbürgertums heißt Angst. Kleinbürger haben keine Reserven und keine Verbindungen. Im Berufsleben sind sie meist an nachgeordneter Stelle tätig, müssen auf Anweisung arbeiten und sind stolz, wenn sie es ihrem Vorgesetzten recht machen. Mit dieser Bereitschaft zum Gehorsam, häufig auch vorausseilendem Gehorsam, passen sie sich in autoritäre Führungshierarchien ein. Dabei treten neben Beflissenheit auch apathische Verhaltensweisen: Gehe nicht zu deinem Fürst, wenn du nicht gerufen wirst.

Ostdeutsche neigen dazu, die Einstellungen und Verhaltensweisen dieser Weinbürgerlichen Nischenkultur positiv zu sehen und sie westdeutschen Werthaltungen kritisch entgegenzusetzen. Hans-Joachim Maaz ist in dieser Hinsicht inzwischen der renommierteste Verteidiger ostdeutscher Tugenden der „Ehrlichkeit, Offenheit, Echtheit, Emotionalität, Herzlichkeit, Solidarität“. Im Westen sei er „stolz, ein Ostdeutscher zu sein“. Denn hier erfahre er noch viel mehr Einengung als früher unter der Stasi-Herrschaft. Die Westdeutschen seien durch eine von Marktgesetzen beherrschte Welt verbogen. In dieser Beurteilung zeigt sich eine Zivilisationskritik, wie sie für die Konservative Revolution sprichwörtlich gewesen ist. Unterstützung findet Maaz bei zivilisationskritisch eingestellten westdeutschen Intellektuellen. Ein Beispiel lieferte Peter Bender, als er den Mauerbau der SED-Herrschaft in gewisser Weise nachträglich guthieß: „Die SED-Herrschaft richtete politische und seelische Verwüstungen an, die bei den mittleren und älteren Jahrgängen nie mehr ganz zu heilen sind; aber sie ‚bewahrte‘ die DDR-Bürger, in dem sie sie einsperrte, vor mancher Verführung und Verflachung der westlichen Überfluggesellschaft.“

IV.

An diesem Punkt verlassen wir das Feld ostdeutscher Beispiele für eine gewisse Empfänglichkeit gegenüber konservativ-revolutionären Ideen und wenden uns Westdeutschland zu. Die Brücke zwischen beiden Teilen ist trüge-

risch und voller Ambivalenzen. Nur ein Beispiel: Die ostdeutsche Kritik am westdeutschen Pluralismus und Hedonismus, am kapitalistischen Konkurrenz- und Leistungsdenken greift viel zu kurz und darf nicht mit westdeutscher Selbstkritik an dysfunktionalen Seiten all der Bewegungen verwechselt werden, welche mit den Vorsilben „plural-“, „multi-“, oder „post“- beginnen. Im Gegenteil sind es gerade die altdeutschen Gemeinschafts-, Entscheidungs- und Staatsvorstellungen, gegen die sich die westdeutsche demokratische Kultur mühsam genug entwickelt hat. Die jetzt zu betrachtenden konservativ-revolutionären Tendenzen haben eigene Quellen, die auch in anderen westeuropäischen Ländern Gründe für Zivilisationskritik, Aufruf zu neuem Sinn für Pflicht und Opfer, Gemeinsinn und regionale Verwurzelung, auch für Staat und Volk liefern. Wenn schon es sich in diesen postmodernen Spätkulturen um konservativ-revolutionäre Sehnsüchte handelt, darf man nicht vergessen, daß diese Gesellschaften im ganzen positive Erfahrungen mit demokratischem Pluralismus und individueller Autonomie gemacht haben. Wie immer heftig die Kritik an überzogenem Hedonismus, sozialer Unverantwortlichkeit und politischer Apathie gegenwärtig vorgetragen wird, sie darf nie verwechselt werden mit altdeutscher Parteienfeindschaft, Innerlichkeitssehnsucht und Gemeinschaftsduselei.

Nach dieser Vorwarnung geben wir einige Stichworte für konservativ-revolutionäre Stimmungen in Westdeutschland, die, wenn sie sich radikalieren sollten, allerdings zu einer schlimmen Konvergenz beider konservativ-revolutionären Philosophien führen können.

Der Wertewandel von sogenannten „materialistischen“ zu „postmaterialistischen“ Einstellungen und Werthaltungen, der in allen europäischen Ländern Platz griff, hat die Entwicklung der westdeutschen Demokratie nachhaltig beeinflußt, im Sinne einer wachsenden Öffnung zu Toleranz, Pluralität und individueller Selbstbestimmung. Auch wenn es vor allem jüngere und besser ausgebildete Jahrganggruppen waren, die den Wertewandel vorantrugen, hat er sich doch in der ganzen Gesellschaft ausgebreitet und, begünstigt durch wirtschaftlichen Wohlstand, vor allem über das Bildungssystem breite Schichten erfaßt. Die politische Kultur Deutschlands verdankt ihm einen alle Forscher überraschenden dramatischen Wandel zu einer Demokratie, die inzwischen als verläßlich gilt.

V.

Heute zeigen sich allerdings in allen vom Wertewandel betroffenen Ländern Ambivalenzen. Die Vermeidung von Fremdbestimmung zugunsten von Selbstverwirklichung kann den Wunsch nach politischer Partizipation, die Einsicht in die Höherwertigkeit langfristiger Güter und ein entsprechend verantwortliches Leben im Umgang mit der Natur und den Institutionen stärken. Die Hinwendung zu Individualismus und Pluralismus kann aber gleichzeitig zur Abkehr von öffentlicher Verantwortung, zu privatistischer und hedonistischer Existenz führen. Diese Ambivalenz gilt für alle Spätkulturen, und viel-

leicht handelt es sich überhaupt um ein Grundgesetz gesellschaftlicher Entwicklung: von den fleißigen Gründern des Wohlstands über seine Bewahrer bis zur dritten Generation der nur noch Genießenden. Wie immer dem sei, in allen westeuropäischen Ländern mehren sich die Fragen, ob postmoderne Gesellschaften über genügend Bindekräfte verfügen, um egoistischen Tendenzen Widerpart zu leisten; ob genügend Verantwortungsgefühl für zukünftige Generationen eine Gegenwartsorientierung im Zaum hält, die uferlos zu werden droht; ob die Institutionen mit dem Maß an Pflichtgefühl rechnen können, das sie brauchen, um trotz wachsender Wahlfreiheit ihre gesellschaftlichen Aufgaben zu erfüllen; ob die Freizeitgesellschaft genügend Leistungswillen bereitstellt, um die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen, welche die Bedingungen für ein Systemvertrauen ist, das gegenwärtig gut ausgebildet ist. Aber die Deutschen sind nicht nur Musterdemokraten, sondern auch Spitzenreiter einer sich beschleunigenden Traditionslosigkeit. In keiner Bevölkerung der Erde sind die Wertvorstellungen der Kinder so weit von denen der Eltern entfernt wie in Westdeutschland. Es drohen viele Formen von Anomie und Entfremdung.

Diese Ambivalenzen, Unsicherheiten und Verluste an Binfähigkeit zeitigen als Gegenbewegung einen wachsenden Sinn für alles, was Halt verspricht. Ob Religion, Region, Familie oder die alten Tugenden, der Wind weht aus konservativer Richtung. Wenn Angst und Verzweiflung zu geistiger Orientierungslosigkeit hinzukommen, wächst die Gefahr eines konservativ-revolutionären Rückkehrwillens zu eindeutigen Werten, zu hoher Gleichgesinntheit und zu klaren politischen Konturen. Wir wissen heute, daß die Konservative Revolution in vielem dem Nationalsozialismus den Weg bereitet hat. Obwohl es nicht immer zu ausdrücklichen Verbindungen kam, ist der revolutionäre Konservatismus dem Faschismus geistig verwandt: in seinem entschiedenen Willen nach rückwärts, in seinem Dezisionismus, in seinem Antipluralismus und seiner Feindschaft gegenüber demokratisch legitimiertem Wandel.

VI.

Wenn schon die Zeichen nicht auf Sturm stehen, gibt es doch Warnsignale. Eines ist der Erfolg der Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“, die sich ausdrücklich auf die Konservative Revolution bezieht und meint, die gegenwärtige politische Situation sei mit derjenigen von 1932 vergleichbar. Die Tabus gegenüber Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus lockern sich, der Nationalsozialismus erscheint zum ersten Mal „diskutabel“, zusammen mit der Leugnung der Judenmorde. In dem Maße, in dem der Rechtsextremismus als Avantgarde verbreiteter Meinungen auftritt, gewinnen konservativ-revolutionäre Einstellungen an Einfluß. Zur Herrschaft kämen sie allerdings nicht auf dem Wege ideologischer Auseinandersetzung, sondern über die praktische Politik. Wenn soziale Ängste wachsen, wird die Sehnsucht nach rückwärts zunehmen, zusammen mit dem Versuch, solche nostalgischen Vorstellungen zu realisieren, mit revolutionärer Gewalt.

Die Deutschen stehen vor einer doppelten Aufgabe: Auf der einen Seite müssen sie wie die anderen europäischen Bevölkerungen darauf achten, daß mit der Zurückdrängung eines gesteigerten Individualismus und Pluralismus nicht alle demokratischen Errungenschaften über Bord gehen, auf der anderen Seite müssen sie achtgeben, daß sie auf notwendige Appelle zu einem neuen Pflichtgefühl, zu Opferbereitschaft und einem neuen Gemeinsinn nicht ein falsches altdeutsches Hurra ernten. Wenn das geschähe, wäre die alte Konservative Revolution, die dem Faschismus den Weg bereitete, in der neuen wieder auferstanden.